

Das Geschlecht der Finanz- und Wirtschaftskrise

Eine Intervention in aktuelle Krisendeutungen

Birgit Sauer

1. Finanz- und Wirtschaftskrise als Krise von Männlichkeit? Einleitung

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise ist von Deutungskämpfen begleitet, Kämpfe, die nicht zuletzt für kurz- und langfristige Strategien der Krisen»bewältigung« zentral sind. Haben wir es mit einer geplatzten Immobilienblase oder mit dem Versagen von Finanzaufsichten zu tun? Oder sollte das Geschehen als Symptom einer multiplen permanenten Systemkrise des Kapitalismus bzw. einer fundamentalen Krise des Neoliberalismus interpretiert werden? Auch geschlechtsspezifische Erklärungen sind Teil aktueller Interpretations- und Deutungskämpfe – sogar und vor allem in den Massenmedien.

Die öffentlich-medialen Debatten um das »Geschlecht der Finanz- und Wirtschaftskrise« waren in erster Linie Debatten um Männlichkeit. Was wir derzeit erleben, sei keine »re-cession«, sondern eine »he-cession«, eine »Männerkrise«, so die *Zeit*-AutorInnen Hamann, Niejahr und Schloter (Die Zeit vom 23. 7. 2009). Die Finanzkrise sei durch die Gier, das Spielertum und das Risikoverhalten von testosterongesteuerten Derivathändlern, Bankern und Managern verursacht, die Maß und Ziel verloren und im Rausch individueller Profitmaximierung, aber auch im Rausch des Systems »Finanzialisierung« die Immobilienblase zum Platzen und in der Folge den Zusammenbruch von Banken und den Einbruch des Wirtschaftswachstums verursacht hätten. »Die Finanzkrise«, so auch Matthias Horx in der *Süddeutschen Zeitung* (5. 10. 2009), »ist letztlich das Resultat riskanter Männer-Strategien. Sie ist auch eine Testosteron-Krise. Man hat die Pegel dieses männlichen Hormons bei den Finanzanalysten und Brokern in New York und London während des Booms gemessen und festgestellt, dass die extrem hoch waren.«

Die Konsequenz daraus liegt nahe: »Trümmerfrauen« in Führungsetagen von Banken, Konzernen und Kontrollgremien sollen den völlig überhitzten Casinokapitalismus retten oder ihn gar in eine völlig andere Richtung führen. Wäre die Krise also gar nicht eingetreten oder hätte sie zumindest einen anderen Verlauf genommen, wenn die Investmentbank »Lehman Brothers« von den »Lehmann Sisters« geleitet worden wäre – so die Frage einer jüngsten Tagung in Frankfurt (FAZ vom 30. 1. 2010) –, wenn also Frauen die Finanzmärkte zumindest mitbestimmt hätten? Der Zukunftsforscher Horx ist sicher: »Hätten wir weltweit 40 Prozent Frauen vor der Krise in den Aufsichtsgremien gehabt, wäre sie anders verlaufen.« Denn: »Frauen (gehen) risikoaverser als Männer und mit Verantwortung anders um (...). Auch der Machtwillen ist anders ausgeprägt.« (Süddeutsche Zeitung vom 5. 10. 2009)

So sehr diese Sicht auf den ersten Blick verhängt, ist doch die Unterrepräsentation von Frauen in den Aufsichtsräten von Konzernen, in den Chefetagen von Bankhäusern und in den globalen Governance-Gremien der Finanzmärkte wie beispielsweise im »Basel Committee on Banking Supervision« skandalös niedrig (Schubert/Young

2010:13), so einseitig ist diese Art des geschlechtsspezifischen *framings* auf den zweiten Blick. Der Zusammenhang von Geschlecht und Ökonomie wird dadurch zu rasch auf individuelles Verhalten, ja auf eine biologische Argumentation reduziert und der Blick auf geschlechtsspezifische Strukturzusammenhänge verstellt. Freilich ist ein solch individualisierendes und naturalisierendes Interpretationsmuster enorm entlastend, kann doch die Krise durch Hormone und Hirnströme (so jüngst die Neuro-Ökonomie) erklärt werden. Kurzum: Bio-Männer werden für die Krise verantwortlich gemacht – und eben nicht ein gesellschaftliches System, namentlich der Neoliberalismus.

Eine weitere medial vermittelte Dimension der »Männlichkeit in der Krise« ist die Tatsache, dass – vor allem in der exportorientierten Ländern – die Männererwerbsbranchen wie die Auto- und Autozulieferindustrie oder das Baugewerbe nun noch tiefer in die Krise geraten sind. Männliche, zunehmend auch junge Arbeiter scheinen die Verlierer der Krise zu sein, sind sie doch derzeit stärker von Erwerbslosigkeit betroffen als Frauen. »Männlich, jung – arbeitslos«, titelte die FAZ am 14. 9. 2009. Während beispielsweise in Österreich die Arbeitslosenquote bei Frauen von 5% im Juni 2008 auf 5,9% im Juni 2009 stieg, ging die der Männer im selben Zeitraum von 4,6 auf 6,7% in die Höhe (www.wien.gv.at/statistik/daten/pdf/arbeitslose.pdf). Dieser Trend rascher steigender Männererwerbslosigkeit als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise war 2009 in allen EU-Staaten feststellbar (Young/Schubert 2010: V). Nicht zuletzt deshalb wird die Krise als eine Erschütterung tradierter Geschlechterverhältnisse gelesen: Die Krise »verändert das Verhältnis der Geschlechter«, so die oben erwähnten *Zeit*-AutorInnen – nicht nur in der Familie, wo der erwerbslose Mann nun einkaufen und den Müll wegbringen muss, sondern auch im Erwerbsleben, denn da könnten nun »Frauen für neues Wachstum sorgen«. (*Die Zeit* vom 23. 7. 2009)

An diesen aktuellen Deutungskämpfen setzen meine folgenden Überlegungen an. Bedeutet die Krise eine Erschütterung der traditionellen Männlichkeitsordnung und öffnet sie somit eine reale Chance zur Überwindung von Geschlechterungleichheiten oder zumindest Anknüpfungspunkte für ein post-neoliberales Momentum in Richtung Geschlechtergerechtigkeit? Meine These ist, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise keine Krise hegemonialer ungleicher Geschlechterverhältnisse zur Folge hat. Vieles spricht im Gegenteil dafür, dass die neoliberale Hegemonie, der Glaube an die Macht des Marktes, an die Notwendigkeit von Konkurrenz und Wachstum ebenso wenig außer Kraft gesetzt wird wie das ungleiche Geschlechterregime. Vielmehr konnte die Krise genutzt werden, um die patriarchale neoliberale Hegemonie erneut zu festigen.

Um mich diesen Fragen anzunähern, möchte ich im Folgenden eine geschlechterkritisch argumentierende Sicht auf die Finanz- und Wirtschaftskrise vorschlagen, eine Sicht, die weniger auf individueller Ebene, sondern vielmehr auf der strukturellen Ebene staatlich institutionalisierter ungleicher Geschlechterverhältnisse, also maskulinistischer Geschlechterregime ansetzt. Einer politikwissenschaftlichen Perspektive auf Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse geht es darum, die Krise als Folge geschlechtsspezifischer Machtverhältnisse in patriarchalen Arbeits-, Lebens- und Reproduktionsverhältnissen herauszuarbeiten, also gerade den *Zusammenhang* von Produktions- und Reproduktionsökonomie als Krisensyndrom sichtbar zu machen. Dies heißt, die Krise als Folge der geschlechterhierarchischen Trennung von Produk-

tion und Reproduktion, von Arbeit und Alltag einerseits und der prekären Inwertsetzung der Privatheit im Kontext neoliberaler Strategien andererseits zu erklären.

Ich werde zunächst die geschlechtsspezifischen Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise skizzieren, sodann den Geschlechterbias der bisher eingeschlagenen Lösungswege aus der Krise beleuchten, um daran anschließend die Frage der geschlechtsspezifischen Folgen und Betroffenheiten zu diskutieren. Abschließend resümiere ich die Frage einer Hegemoniekrise bzw. einer post-neoliberalen geschlechterdemokratischen Chance.

2. Ursachen der Krise – Geschlechterverhältnisse im Neoliberalismus

Um das vergeschlechtlichte Gesicht der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise verstehen zu können, muss die Krise als eine multiple Krise, als eine Krise der gesamten westlichen Arbeits- und Lebensweise in den Blick genommen werden. Umgekehrt müssen, um die Krise verstehen zu können, Geschlechterverhältnisse als eine wichtige Krisendimension herausgearbeitet werden. Die Geschlechterkrise als Teil der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise aktualisiert eine bereits lang anhaltende strukturelle Krise des patriarchalen Kapitalismus, nämlich den Fürsorge-Widerspruch. Die westlichen Industriegesellschaften des 20. Jahrhunderts basieren auf einer staatlich institutionalisierten Anordnung der Geschlechterverhältnisse, die die so genannten Produktionsverhältnisse von den generativen und reproduktiven Verhältnissen, von der Bevölkerungsweise, wie Ursula Beer (1990: 152ff.) dies nennt, trennt. Dieses bürgerlich-patriarchale Trennungsdipositiv wurde nach dem 2. Weltkrieg in länderspezifischer Weise in staatlich gestützten ungleichen Geschlechterregimen abgesichert. Trotz großer Unterschiede – vor allem in der wohlfahrtsstaatlichen Ausgestaltung der Geschlechterregime – ist allen Industriegesellschaften gemeinsam, dass Care- bzw. Fürsorge- und Pflegearbeit, also personenorientierte Versorgungsleistungen, aus dem Produktionskreislauf externalisiert und nicht als Arbeit anerkannt werden. Sowohl Marktverhältnisse wie auch staatliche Institutionen basieren darauf, dass diese Leistungen unbezahlt – in der Regel von Frauen – erbracht werden. Dieser »Systemfehler« kapitalistischer Ökonomie reproduziert Sektoren unbezahlter oder schlecht bezahlter Frauenarbeit im Haushalt, aber auch in der Marktökonomie, denn aufgrund der Care-Konstellation werden Frauen als schlecht bezahlte »Zuarbeiterinnen« zum männlichen Familienlohn in den Arbeitsmarkt integriert. Das Pflegerisiko verhindert den gleichberechtigten Zugang von Frauen zu gesellschaftlichem Wohlstand und zu sozialen Rechten.

Die Externalisierung von Fürsorgearbeit und die Vernutzung von Care-Arbeiterinnen ist aber auch ein Faktor der Krisenhaftigkeit kapitalistischer Ökonomie (Biesecker 2009: 32). Vor allem konservative ernährerzentrierte Wohlfahrtsstaaten (Langan/Ostner 1991) haben ein massives Problem mit Pflegearbeit. Care-Arbeit lässt sich nicht unendlich kommodifizieren und kann deshalb auch nicht ständig wachsen. Unter Profitgesichtspunkten braucht es somit andere Strategien der Integration von Care-ArbeiterInnen in den Geldkreislauf. Diese Strategien führten in vielen westlichen Staaten zu sinkenden Geburtenraten und zu einem sich aggravierenden Pflegenotstand. Das male breadwinner-Modell der konservativen Wohlfahrtsstaaten erodierte sukzessive, nicht zuletzt weil sich Frauen seit den 1970er Jahren gegen die Familienzuschreibung wehrten.

Diese latente Krisenhaftigkeit kapitalistischer Produktions- und Bevölkerungsweise wurde in westlichen Industriegesellschaften durch den neoliberalen Umbau von Staat und Wirtschaft verschärft. Das Familienernährermodell war unter neoliberalen Bedingungen nicht mehr finanzierbar, so dass Frauen seit den 1990er Jahren zunehmend in den Arbeitsmarkt integriert wurden. Freilich erfolgte ihre Arbeitsmarktintegration unter der Voraussetzung schlechter Bezahlung in einem Niedriglohnsektor und unter prekären, atypischen Teilzeit-Arbeitsverhältnissen (für Österreich Grisold 2010).

Die neoliberale Mobilisierung von Frauen zur Erwerbsarbeit setzte allerdings die Risikogefährdung un- oder schlecht bezahlter Care-Arbeiterinnen fort. Die Anrufung bestimmter Frauengruppen als schlecht bezahlte Erwerbsarbeiterinnen und zugleich als hauptverantwortliche Pflegearbeiterinnen führte zu einer Verknappung der ihnen zur Verfügung stehenden Geldmenge. In Westeuropa betrifft dies vor allem Alleinerzieherinnen, schlecht ausgebildete Frauen und Migrantinnen. Care-bedingte Ungleichheitsrisiken blieben also privatisiert und wurden geschlechtsspezifisch neu verteilt entlang der Achsen Klasse und Ethnizität. In der neoliberalen Logik der Externalisierung von Fürsorgearbeit entwickelte sich ein Versorgungsnotstand an Pflegedienstleistungen, der durch die partielle und prekäre Kommodifizierung von Pflegearbeit in der Familie moderiert werden sollte. Staatliche Transferleistungen für Care-Arbeit ließen private Pflegearbeitsmärkte mit schlecht bezahlten Jobs für oftmals illegalisierte MigrantInnen entstehen.

Die Fürsorgearrangements entwickelten sich zu einer zentralen Dimension der »Finanzialisierung des Alltagslebens« (Young 2009: 15). Doch nicht nur Personendienstleistungen wurden im Zuge des neoliberalen Umbaus rekommodifiziert, die neoliberale Deregulierung öffnete die immer schon unregulierten »privaten« Reproduktionsbeziehungen für eine neuartige Inwertsetzung, wurden doch wohlfahrtsstaatliche Sicherungen in die Geldlogik überführt, vor allem die Kranken- und Alterssicherung. Auch diese Finanzialisierung verschärfte die dem Kapitalismus inhärente ungleiche Verteilung von Arbeit, Ressourcen und Macht zwischen den Geschlechtern.

Das fragile neoliberale Finanzgebäude konnte u. a. deshalb entstehen, weil seine Architekten vermeintlich private Reproduktions- und Geschlechterverhältnisse einerseits beharrlich ignorierten, sie andererseits aber finanziализierten und dadurch die Privatverschuldung ausweiteten. Die so genannte Subprime-Krise entstand u. a. durch die auf Verschuldung gebauten staatlichen Möglichkeiten, das private Finanzvolumen für Nachfrage und Konsum auszuweiten (Schubert/Young 2010: 16). Statt auf staatliche Umverteilungspolitiken setzte die US-Regierung sukzessive auf Privatverschuldung (Young 2009: 15). Dieser Kreislauf der »Wohlfahrtssteigerung über den Finanzmarkt« (Demirović 2009) wurde in den USA, dem Kernland der Immobilien- und Finanzblase, gleichsam als neuer »Umverteilungs«modus gegen Ungleichheit staatlich gefördert (Schubert/Young 2010). Da Frauen geringere finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen, sind sie besonders auf den leichteren Zugang zu Krediten angewiesen. Die staatliche Förderung privater Verschuldung sollte gewissermaßen eine Kompensation für Care-Arbeit bzw. ein Ausgleich für Niedriglöhne oder Erwerbslosigkeit darstellen. Vor allem Frauen, Alleinerzieherinnen, Migrantinnen und african american women waren in den USA auf die Kredite im Subprime-Bereich angewiesen (Young 2009: 20f.). Die feminisierte Individualisierung des Care-Risikos

wurde also verschärft durch die feminisierte Individualisierung des Finanzrisikos des privatisierten Keynesianismus (Weber 2009), also durch die Verschuldung von Privatleuten. Damit entstand eine strukturelle geschlechtsspezifische Schuldenfalle (Young 2009). Christa Wichterich (2009) spricht vom »Download« von Risiken »in die Küche«.

Auch wenn in europäischen Wohlfahrtsstaaten der privatisierte Keynesianismus nicht so weit fortgeschritten ist, so ist doch feststellbar, dass auch hier Sparpakete, Deregulierung und Risikoprivatisierung in eine private Verschuldungsschleife mündete: Zwar ist die Kreditverschuldung nicht so bedrohlich, doch die Schuldenkonten an Pflegearbeit, an Gesundheit, an Empathie und Solidarität und vor allem an Zeit sind weit in den roten Zahlen und nach wie vor geschlechtsspezifisch ungleich verteilt.

Eine weitere Dimension der Finanzialisierung des Alltags ist das steigende Geldvolumen, das infolge der Privatisierung von Sicherheit in das Finanzsystem gepumpt wurde. Dies war eine Voraussetzung für das Anheizen des globalen Finanzmarktes und eine Form der Finanzialisierung, an der Frauen wenig Anteil hatten (Reiner 2009: 7). Das vom Alltagsleben abgekoppelte Finanzsystem und seine spezifische Logik der Profitmaximierung entstand als eine Sphäre maskuliner Praxen, Regeln und Entscheidung. Das Trennungsdispositiv führte im globalen Finanzmarktgeschehen zu spezifischen Subjektivierungsweisen hegemonialer Männlichkeit (Connell/Messerschmidt 2005), nämlich des Agierens mit hohem Risiko und der Belohnung durch immense Geld-Boni. Die viel gescholtene Gier der Banker ist keine Charakterschwäche sondern vielmehr der Modus des neoliberalen Selbstentwurfs auf dem Finanzmarkt.

3. »Opelismus«. Der Geschlechterbias von Krisenlösungspolitiken und die Wiederherstellung männlicher Hegemonie

Die SteuerzahlerInnen mussten nicht nur die Schulden übernehmen, die die Banken verursachten, vielmehr setzten die Krisenlösungspolitiken eine neuerliche Schleife frauenfeindlicher Umverteilung in Gang. Auch die Strategien zur Abfederung der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise haben ein vergeschlechtlichtes Doppelgesicht: das der mehrheitlich männlichen *Opel*-Arbeiter, deren Arbeitsplätze durch staatliche Subventionen mit viel Getöse gerettet wurden, und das der mehrheitlich weiblichen Beschäftigten bei *Arcandor*, dem deutschen Dienstleistungsunternehmen, dem u. a. auch *Quelle* angehörte, das nicht in gleichem Umfang Staatsgelder einwerben konnte, sondern in die Insolvenz entlassen wurde.

Der »Opelismus«, wie man die jüngste Episode des Neoliberalismus bezeichnen könnte, also die staatliche Ausfallbürgschaft für ein völlig versagendes Finanz- und Wirtschaftssystem und die Stützung der exportorientierten Industrie, privilegiert Männer: Bankenrettungspakete, Kurzarbeitsgeld, die Abwrackprämie zur staatlichen Unterstützung der Automobilindustrie und Konjunkturpakete für die Infrastruktur, also alle staatlichen Förderungen so genannter »systemwichtiger« Branchen, haben eine männliche Schlagseite, greifen sie doch jenen Wirtschaftszweigen unter die Arme, die einen überproportional hohen Männeranteil haben. Frauenarbeitsplätze, sei es im Dienstleistungs-, sei es im Pflegebereich, werden hingegen nicht als systemwichtig qualifiziert und erhalten deshalb keine oder weit geringere staatliche

Subvention. Frauen benachteiligend wirken nicht zuletzt tradierte Geschlechterbilder, die nach wie vor Männer als Familienernährer und Frauen als Zuarbeiterinnen phantasieren und deshalb staatliche Unterstützungsleistungen eher in Männerbranchen fließen lassen. Auch Steuersenkungen zur Wirtschaftsankurbelung besitzen einen Geschlechterbias, entlasten sie doch obere Einkommensgruppen, also eher Männer, während die geplanten Mehrwertsteuererhöhungen GeringverdienerInnen, also Frauen, besonders treffen (Reiner 2009: 11). Die Krisenstrategien folgen also dem bekannten Muster patriarchaler, geschlechterungleicher Politikstrategien.

Auch zu behaupten, Frauen seien weniger als Männer von der Krise des Arbeitsmarktes betroffen, ist kurzichtig und ignoriert die geschlechtsspezifische Arbeitsmarktsegregation: Aus anderen Wirtschaftskrisen ist bekannt, dass *erstens* Frauenerwerbssbereiche zeitverzögert auf wirtschaftliche Krisen reagieren. Frauenerbeitsplätze sind nicht so zeitnah vom Krisengeschehen betroffen wie Männerarbeitsplätze im produzierenden Bereich (Takhtamanova/Sierminska 2009: 324), sondern Frauen verlieren später ihre Arbeitsplätze (Scheele 2009). Die Erwerbslosenzahlen in Österreich deuten in diese Richtung, verzeichneten doch Dienstleistungsberufe im Januar 2010 den höchsten Anstieg der Erwerbslosigkeit (Der Standard 2. 2. 2010: 15). Es ist zu befürchten, dass sich dieser Trend fortsetzen wird: Durch die zu erwartenden Sparpakete werden mit großer Wahrscheinlichkeit Arbeitsplätze im staatlichen Sektor eingespart, wo Frauen überproportional beschäftigt sind (Young/Schubert 2010). *Zweitens* differieren die Formen der Betroffenheit von Arbeitsmarktrestrukturierungen geschlechtsspezifisch: Frauenerbeitsplätze zeichnen sich in Krisen durch eine weitere Prekarisierung aus, sie werden flexibilisiert und minimiert, so dass sie immer weniger Existenz sichernd sind. *Drittens* sind Frauen bei Arbeitslosigkeit rascher als Männer von Armut betroffen, da Männer eher aus »sicheren« Arbeitsplätzen erwerbslos werden und oftmals Abfindungen erhalten, während Frauen aus sowieso schon unsicheren Arbeitsplätzen viel eher in die Armut abgleiten.

Der »Opelismus« zeichnet sich also durch zahlreiche Momente der Stabilisierung von ungleichen Geschlechterverhältnissen auf der diskursiven, aber auch auf der institutionellen Ebene aus. Die staatlichen Rettungsaktionen reproduzieren die vergeschlechtlichte Segmentierung des Arbeitsmarktes und die dauerhafte Krise der Reproduktion konnte – zumindest zeitweilig – dethematisiert werden. Ungleiche Geschlechterverhältnisse stabilisieren somit die Krise, und sie wurden durch die Krise stabilisiert.

Weder auf der Ebene staatlicher Regulierung, noch auf der Ebene hegemonialer Vorstellungen und Repräsentationen, auch nicht in den geschlechtsspezifischen Subjektivierungsweisen scheinen also Geschlechterverhältnisse durch die Finanz- und Wirtschaftskrise in die Krise geraten zu sein. Die Krise wird vielmehr zur Festigung patriarchaler Hegemonie und von hegemonialer Männlichkeit genutzt, sie ist gleichsam eine krisenale Wurmkur der »Reinigung«. Weder das Bild des männlichen homo oeconomicus noch die Hegemonie neoklassischen ökonomischen Wissens gerieten nachhaltig ins Wanken. Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise ist also keine Krise neoliberaler Männlichkeiten.

Im Gegenteil, neo-liberale Männlichkeiten konnten sich restrukturieren. So standen gerade jene Manager, Banker und Politiker, die Verursacher der Krise also, ganz rasch als selbstberufene Krisenlöser zur Verfügung. Die ökonomischen Versager, allesamt Vertreter hegemonialer Männlichkeit, die jahrelang neoliberale Politik pre-

digten und damit die Finanz- und Wirtschaftskrise verursachten, waren gleichsam von heute auf morgen zur Krisenlösung legitimiert und tolerierten, und ihnen wurde ökonomische Lösungs-Kompetenz zugetraut. Anders kann man sich beispielsweise den Sieg der FDP bei der letzten Bundestagswahl nicht erklären.

Woran liegt es, dass sich neoliberale hegemoniale Männlichkeit so rasch und kaum hinterfragt wieder herstellen konnte? Meine Vermutung ist, dass dies an der Transformation von Männlichkeit im Kontext neoliberaler Globalisierung und Internationalisierung in den vergangenen 20 Jahren liegt: Neoliberale hegemoniale Männlichkeit konnte sich in *allen* gesellschaftlichen Bereichen gut absichern. Die einst im Bereich der Ökonomie entworfenen männlichen Subjektivierungsweisen wurden inzwischen in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen dominant. So können sich hegemoniale Männlichkeitsmuster aus ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen gegenseitig absichern: Es sind eben nicht nur die Banker aus der ökonomischen Sphäre, auch Politiker, Gewerkschaftler und Wissenschaftler haben an hegemonialer Männlichkeit teil. Auch Frauen und marginalisierte oder unterworfenen Männlichkeiten partizipieren an diesem System hegemonialer ökonomischer Männlichkeit.

Hegemoniale Männlichkeit ist also nicht mehr exklusiv, sondern bestimmte Merkmale wurden verallgemeinert und somit zugänglich, ja sogar zwingend für alle Menschen, für Männer und Frauen, gleichsam als die einzige Form, um als Person, als (Wirtschafts-)BürgerIn wahrgenommen zu werden: Das Denken in Wettbewerbsfähigkeit, in Effizienz und Effektivität, in Kompetitivität und Entsolidarisierung wurde im Zuge neoliberaler Umgestaltung der westlichen Gesellschaften für alle Menschen selbstverständlich, d. h. zur hegemonialen Subjektivierungsform.

Die »UnternehmerInnen ihrer Selbst« sind geradezu gezwungen, hegemoniale Männlichkeit zu simulieren, Wettbewerb, Risikobereitschaft und Ausgrenzung zu ihren eigenen Praktiken zu machen, um im Alltags- und Überlebenskampf zu bestehen. Diese neoliberale Form der Subjektivierung sichert also hegemoniale Männlichkeit in ökonomischen und politischen Strukturen wie auch in den Alltagspraxen der Menschen ab. Um es stark auszudrücken: Der Neoliberalismus war ein enormes Projekt der Maskulinisierung von Gesellschaft, Politik und Staat, der Verbreitung von Maskulinismus auf »subversive« Art und Weise.

Darüber hinaus wurden weibliche Merkmale wie Emotionalität und Empathie in das Bild hegemonialer Männlichkeit integriert, das sich dadurch immunisieren kann gegen Veränderung, Kritik und vor allem gegen Instrumente der Geschlechtergleichstellung. Trotz aller Bemühungen von Gleichstellungspolitik fand ein überwältigender Umbau von Staat und Politik unter maskulinistischen Vorzeichen statt. In der Krise wurde deshalb ein schon seit langem vorbereiteter Diskurs gegen Gleichstellungspolitik und Gender Mainstreaming mit Vehemenz an die Oberfläche gespült.

4. Post-neoliberales Momentum?

Der »Opelismus« ist kein neuer Keynesianismus, vielmehr bilden staatliche Interventionen schon immer eine selbstverständliche Dimension des neoliberalen rheinischen Ökonomismus. Es scheint vielmehr so, dass die Verstaatlichungs»einbrüche« und die staatlichen Zuwendungen zur Rechtfertigung des Neoliberalismus nutzbar gemacht werden und nicht zum Ende des maskulinistischen neoliberalen Systems

führen. Die gegenwärtige Krise ist vielmehr eine Verschärfungskrise des Neoliberalismus, eine Krise, die die Paradoxien neoliberaler sozialer, ökonomischer und politischer und geschlechtsspezifischer Verhältnisse deutlicher hervor treten lässt. Hegemoniale Geschlechterverhältnisse wie geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung und unbezahlt oder minderbezahlte Reproduktionsarbeit müssen stabil bleiben, sind sie doch gewissermaßen systemrelevant.

Dennoch lassen sich auch destabilisierende und störende Elemente ausmachen, die die etablierten Geschlechterarrangements erschüttern könnten: So sind ungleichzeitige Veränderungen der Organisation geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung und von vergeschlechtlichten Subjektivierungs- bzw. Hegemonialprozessen feststellbar. Die Machtverhältnisse in privaten Geschlechterverhältnissen werden sich durch die Erosion von Erwerbsarbeitsverhältnissen und die Destabilisierung national organisierter Care-Verhältnisse möglicherweise verschieben. Die Krise hat schließlich auch das Missmanagement von Finanz- und Wirtschaftskapitänen auf die Tagesordnung gesetzt. Dies stieß in Deutschland wie auch in Österreich Diskussionen über die Öffnung des höheren Managements für Frauen und über eine Quotierung von Aufsichtsräten, wie dies in Norwegen der Fall ist, an. In Island wurde beispielsweise in Folge der Finanzkrise zwei Frauen die Leitung der Landesbank und einer weiteren Bank übertragen. Zwar besteht die Gefahr, Frauen als Trümmerfrauen der internationalen Finanzarchitektur zu benutzen, doch kann die Integration von Frauen in männerdominierte Gremien der Finanz-Governance oder in Aufsichtsräte zumindest eine »Störung« des Ablaufs und mithin der »Destabilisierung« maskulinistischer Hegemonie zur Folge haben.

Strukturelle Veränderungen können allerdings nicht nur die Repräsentationsebene der Finanzmärkte betreffen, sie müssen vor allem den grundlegenden Strukturwiderspruch kapitalistisch-patriarchaler Ökonomie, also die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die Trennung von Ökonomie, Care-Arbeit und Alltag angehen.

Literatur

- Beer, Ursula (1990) *Geschlecht, Struktur, Geschichte. Soziale Konstituierung des Geschlechterverhältnisses*, Frankfurt/M./ New York: Campus.
- Biesecker, Adelheid (2009) *Versorgendes Wirtschaften als Alternative*, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.) *Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise*, Bonn, S. 32-48.
- Connell, Robert W./ Messerschmidt, James W. (2005) *Hegemonic Masculinity. Rethinking the Concept*, in: *Gender & Society*, 19/6, S. 829-859.
- Demirović, Alex (2009) *Finanzmarktkrise*, in: *diskurs*, www.dgbdebatte.blogspot.com, 17.7., download am 17.8.2009.
- Grisold, Andrea et al. (2010) *Notwendigkeit und Grenzen des Sozialen. Das Beispiel Frauenarbeit und Frauenerwerbstätigkeit*, in: Grisold, Andrea/ Maderthaler, Wolfgang/ Penz, Otto (Hg.) *Neoliberalismus und die Krise des Sozialen. Das Beispiel Österreich*, Wien: Böhlau Verlag, im Erscheinen.
- Langan, Mary/ Ostner, Ilona (1991) *Geschlechterpolitik im Wohlfahrtsstaat. Aspekte im Internationalen Vergleich*, in: *Kritische Justiz*, H. 3, S. 302-317.
- Reiner, Sabine (2009) *Wem nutzen die Konjunkturpakete? Auswirkungen der Krise und der politischen Reaktionen auf Frauen und Männer*, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.) *Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise*, Bonn, S. 5-14.

- Scheele, Alexandra (2009) Ist die Krise männlich? In: diskurs, www.dgbdebatte.blogspot.com, 17.7., download am 17.8.2009.
- Schubert, Helene/ Young, Brigitte (2010) The Role of Gender in Financial Market Regulation, in: Young, Brigitte/ Bakker, Isa/ Elson, Diane (Hg.) Gender and Macroeconomic Governance, im Erscheinen.
- Takhtamanova, Yelena/ Sierminska, Eva (2009) Gender, Monetary Policy, and Employment: The Case of Nine OECD Countries, in: *Feminist Economics* 15: 3, 323-353.
- Weber, Beat (2009) Krise der Finanzmärkte, Krise der Risikoindividualisierung, in: Prokla 154.
- Wichterich, Christa (2009) Ein feministischer Blick auf die globalen Krisen, in: sand im getriebe, www.sandimgetriebe.attac.at, download am 17.8.2009.
- Young, Brigitte/ Schubert, Helene (2010) The Global Financial Meltdown and the Impact of Financial Governance on Gender. Garnet Policy Brief, Paris.
- Young, Brigitte (2009) Die Subprime-Krise und die geschlechtsspezifische Schuldenfalle, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.) Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise, Bonn, S. 15-26.